

An die Urwähler des zweiten Bezirks.

Obgleich die Unterzeichneten glauben, sich ihren Mitbürgern gegenüber in der stattgehabten öffentlichen Versammlung klar und deutlich ausgesprochen zu haben, so sehen sie doch durch ein heute verbreitetes Rundschreiben der Herren Joel Wolff Meyer, W. Dehne, Wilhelm Wolff, ihre Ansichten verkannt und in einer Weise dargestellt, die es ihnen zur Pflicht macht, den ihnen darin zugeschriebenen Absichten entgegenzutreten.

Es ist von unserer Seite hauptsächlich hervorgehoben worden, daß wir die Gesetze vom 8. April 48. als die Grundlage unseres Rechts betrachten, und nur in der Wahl solcher Männer eine Bürgschaft für die Aufrechterhaltung und gesetzliche Durchführung dieses Rechts finden, die schon durch ihre hervorragende Thätigkeit in der National-Versammlung ihre entschiedene Freisinnigkeit unleugbar dargethan haben.

Diese Gesinnung wird einerseits in dem Rundschreiben jener Herren mit einem Aufwand von Worten, aber nur scheinbar, getheilt, dagegen wieder andererseits behauptet, daß Wahlen in solchem Sinne nur Zwietracht und offenen Kampf zwischen Krone und Volk herbeiführen würden. Wie unhaltbar, wie absichtlich entstellt diese Folgerung sich jedem vorurtheilsfreien Manne darstellen muß, geht schon daraus hervor, daß die Verfasser, ihren eigenen Standpunkt unklar lassend, in derselben Phrase von der mangelvollen Verfassung vom 5. Decbr. und von der unbedingten Aufrechterhaltung der königlichen Zusicherungen vom März und April sprechen. Wenn es wahr ist, daß die Verfasser von den Volksrechten nichts vergeben, nicht das Geringste verkürzen lassen wollen, ist es dann nicht eben ihre Pflicht, diese ihre Meinung durch eben jene Männer vertreten zu lassen, die allein den Muth hatten, in den Zeiten der Gewalt, für die unverkürzten Volksrechte mit Aufopferung einzustehen? Wir betrachten es als unsere Pflicht, durch die jetzige Wahl der Krone, der wir gewiß ebenso sehr anhängen wie irgend ein Anderer, als freie Männer unsere wahre Meinung zu erkennen zu geben. Auch wir wünschen und hoffen, daß das freie, mächtige Preußen an die Spitze Deutschlands trete, besonders deshalb, weil wir nur darin für unser großes, deutsches Vaterland ein Heil erblicken; aber denkt daran, Mitbürger! daß Preußen fast in ganz Deutschland Abneigung fand, so lange es den Absolutismus repräsentirte, — nur, wenn wir unsern süd- und west-deutschen Brüdern auf der Bahn der Freiheit voranschreiten, nur dann können wir hoffen, uns ihre Liebe zu gewinnen, ihre Zustimmung zur Oberherrschaft in Deutschland zu erlangen! —

Wir sind der festen Ueberzeugung, der König will eben nur die wahre Gesinnung des Volkes kennen lernen und deshalb wollen wir nach unserer wahren Meinung wählen, und nicht aus besonderen Rücksichten unsere Gesinnung verbergen.

Nur die Wahrheit kann einem Zwiespalt zwischen Volk und Regierung vorbeugen, und ebenso sehr als das Recht, gegründet auf das Gesetz vom 8. April 1848, auf unserer Seite ist, ebenso soll auch die reine unverfälschte Wahrheit die Richtschnur unseres Handelns sein. Nicht wir verewigen die Revolution, sondern gerade Diejenigen, die in der größten Crisis des Vaterlandes, nicht den Muth haben, offen und wahrhaft ihre Meinung zu gestehen. — Deshalb, Mitbürger! richten wir diese Worte an Euch, laßt Euch nicht durch schönklingende Nebenarten von dem abwendig machen, was Ihr als Recht erkennt, sondern vertretet das Recht, das Recht des ganzen Volkes, in Wahrheit durch Eure Wahl.

C. W. Wollner I.
Vendig.
Löwenstein.
Busse.
Schöne.
Dr. Levin.
L. Kornfeld.